

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

80 (12.9.1946)

September 1944
tschland
3:2
Niederbayern
und von 21
Niederbayern
haben. Der
Südostdeut
am. Feder
tarüber Teil
habe. Das
KSPV
Am Sonntag
minister
ven ist
enden Ueber
Abteilung

BADISCHE ZEITUNG

Verlag: Badendruck GmbH, Karlsruhe, Donnerstag, 12. September 1944, Nummer 80

Bevin für Erörterung der deutschen Frage im Oktober

Neuer Vorschlag im Außenministerrat — Zurückziehung alliierter Truppen aus Rumänien beschlossen — Keine Entscheidung über Errichtung europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte
Italienischer Ministerpräsident und britischer Außenminister

Paris, 11. Sept. (duna) Am Montag tagten in Paris der Militärausschuß, der politische und territoriale Ausschuß für Italien sowie der Wirtschaftsausschuß für die Balkanstaaten und Finnland. Der Militärausschuß nahm am Montag Artikel 62 des Friedensvertrages für Italien — Heimkehr der italienischen Kriegszufangenen — an. Der Ausschuß für Italien beschloß die Zurückziehung aller italienischen Kriegszufangenen in ihre Heimat zu erlassen. Nachdem der britische Vertreter auf die beschränkte Transportvermögenshingewiesen und auch der italienische Delegierte seinen Antrag zurückgezogen. Der griechische Delegierte verlangte die Einführung eines neuen Artikels in den italienischen Friedensvertrag, der bestimmt, daß Italien die Durchfuhr und die Kosten der Minenräumung in den belagerten Gewässern sowie in den früher von italienischen Truppen besetzten Gebieten übernehmen soll. Nachdem der französische Delegierte auf die Schwierigkeiten der Durchführung des griechischen Antrages hingewiesen hatte, zog der griechische Vertreter den Teil seines Antrages, der sich auf die Räumung der Landminen bezog, zurück. Der Ausschuß nahm anschließend die Zusätze, die sich mit der Verteilung der italienischen Flotte bezieht, an. Damit hat der Ausschuß alle militärischen Klauseln des Friedensvertrages für Italien vorläufig abgeschlossen, mit Ausnahme des Artikels 58 über die Verteilung des überschüssigen Kriegsmaterials.

Tagung des politischen und territorialen Ausschusses für Italien
Der jugoslawische Delegierte Behler brachte im politischen und territorialen Ausschuß für Italien einen Zusatzantrag ein, der eine Änderung der von den vier Außenministern vorgeschlagenen jugoslawisch-italienischen Grenze vorschlägt. Der Ausschuß nahm einstimmig die Klauseln des Vertrags an, die den alliierten Staatsangehörigen die Möglichkeit geben, innerhalb eines Jahres ihre Ansprüche auf industrielle, künstlerische und literarische Eigentum geltend zu machen.

Über tschechoslowakische Ansprüche noch nicht entschieden
In Paris tagten am Nachmittag die politischen und territorialen Ausschüsse für Ungarn und Bulgarien sowie der Wirtschaftsausschuß für Italien. Der Vertreter der Ver. Staaten, General Bedell Smith, unterstützte den tschechoslowakischen Antrag auf Abtretung eines Gebietes auf dem Südrand der Donau gegenüber Preßburg an die Tschechoslowakei. Der US-Delegierte schlug vor, das von der Tschechoslowakei beanspruchte Gebiet etwas kleiner zu halten als ursprünglich vorgesehen, um einige ungarische Dörfer bei Unzura zu belassen. Außerdem sollten die Tschechoslowakei und Ungarn einen Vertrag schließen, ein zufriedenstellendes Abkommen auszuhandeln. Man kam schließlich überein, einen Unterausschuß zur Prüfung der tschechoslowakischen Vorläufe zu bilden, der sich aus Vertretern Australiens, Neuseelands, der Ukraine, der Tschechoslowakei und Kanadas zusammensetzen soll. Der amerikanische Delegierte wandte sich gegen die von der Tschechoslowakei vorgeschlagene Rückführung von 200 000 in der Tschechoslowakei lebenden Ungarn und erklärte, dieser Vorschlag sei so sozial aus wirtschaftlichen als auch aus humanitären Gründen abzulehnen. Zum Verzicht Großbritanniens auf Reparationsforderungen gegenüber Italien, erklärte der britische Delegierte Glenville Hall in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses für Italien. Großbritannien werde sich mit den sehr beschränkten Rechten aus Artikel 69 des Vertragsvertrages begnügen, der eine alliierte Macht ermächtigt, Eigentum, Rechte und Beteiligungen Italiens oder seiner Bürger im besetzten Land zu beschlagnahmen.

Aufruf zum Gedenktag für die „Opfer des Faschismus“

Frauen, Männer und Jugendliche in Stadt und Land!
Millionen deutscher Soldaten sind durch die Hitlerpolitik gefallen. Durch den totalen Kriegseinsatz und durch den Bombenkrieg mußten unzählige Frauen und Kinder ihr Leben lassen. In die Millionen gehen die Kriegsverstorbene. Größer aber als die unmittelbaren Kriegsverluste ist die Zahl derjenigen, die der Gestapo und SS zum Opfer gefallen sind. In unanschaulicher Weise wurden in den Gestapokellern, Konzentrationslagern und bei Strafexpeditionen Millionen unschuldiger Menschen gemartert, erschlagen, gehängt, erschossen oder vergast. Durch diese beispiellosen Verbrechen ist das deutsche Volk in der ganzen Welt verächtlich und verhaßt. Nur die ehrliche, uneingeschränkte Abgabe an den Nationalsozialismus kann den Weg in die Gemeinschaft aller freien Völker wieder öffnen. Wir alle leiden heute schwer unter den Folgen des Hitlerkrieges. Ueber ein Jahr ist schiden vergangen und das granovolle Erbe tritt uns noch überall entgegen. Es gibt kaum eine Familie, die nicht den Tod eines oder mehrerer Angehörigen beklagt. Aber jene deutschen Männer, Frauen und Jugendlichen, die Opfer des Naziterrors waren, haben mehr als alle anderen gezahlt. Sie haben nicht nur geduldet und gelitten, sie haben mit all ihrer Kraft gekämpft gegen die Verführer und Verderber unseres Vaterlandes. Ihr Beispiel zeigt uns den Weg, der allein aus dem totalen Zusammenbruch herausführen kann. In den Konzentrationslagern kämpften Arbeiter, Geistliche, Studenten und Professoren, Offiziere und Politiker gemeinsam für das gleiche Ziel, für die Befreiung und Rettung Deutschlands. Sie verteidigten mit vereinter Kraft ihr Leben gegen die Nazi-Henker und konnten dadurch viele deutsche und ausländische Nazigegner vor dem Tode retten. Ihre Kampfgemeinschaft soll aus allen ein Vorbild sein. Wir rufen alle Frauen, Männer und Jugendliche auf, mit uns den Gedenktag für die „Opfer des Faschismus“ am Sonntag, den 15. September 1944, zu begehen. Wir wollen mit diesem Gedenktag die Mill. Opfer des nationalsozialistischen Terrors ehren. Wir wollen uns verpflichten, das Vermächtnis dieser Toten zu erfüllen, indem wir den Schuldigen jede Möglichkeit nehmen, noch einmal ihre verderblichen Einflüsse auszuüben. Wir wollen jede ehrliche Ueberzeugung achten und über aller Trennung hinweg zusammenarbeiten für eine bessere Zukunft des deutschen Volkes. Wir wollen alles tun, um das Vertrauen der Welt wieder zu erlangen und den Weg beschreiten, der zu einer Gemeinschaft der demokratischen Völker führt, in der auch Deutschland wieder seinen Platz hat. Landesauschuß Württemberg-Baden der vom Naziregime politisch Verfolgten. Christlich-Demokratische Union. Sozialdemokratische Partei. Demokratische Volkspartei. Kommunistische Partei. Gewerkschaftsbund Würt.-Baden.

Scharfe Auseinandersetzung Griechenland-Ukraine

Weltsicherheitsrat debattiert weiter über ukrainische Beschwerde — Albaniens Protest gegen griechische Terrorhandlungen
New York, 11. Sept. (duna) Der Weltsicherheitsrat öffnete am 9. d. Mts. seine 64. Sitzung mit einer Einleitung von dem ukrainischen Außenminister Dmitri M. Anuif und des griechischen Botschafter Wassili Dendramis. In der Debatte über die ukrainische Beschwerde gegen Griechenland teilnahmen. Nach einer längeren Diskussion stimmte der Sicherheitsrat mit neun gegen eine Stimme des britischen Delegierten für die Zulassung des albanischen Vertreters. Australien enthielt sich der Stimme. Der albanische Vertreter, Oberst Jakova, dem dann das Wort erteilt wurde, erklärte, die griechische Regierung besetze darauf, daß Albanien sich nicht im Kriegszustand mit Griechenland befinde. Albanien habe diese Feststellung wiederholt zurückgewiesen. Jakova beschuldigte Griechenland, es habe über hunderte albanische Gebiete verlegt und territoriale Ansprüche geltend gemacht. Außerdem verweigere Griechenland, einen Teil des albanischen Gebietes für sich in Anspruch zu nehmen. **Tatsachen oder Propaganda?** Der australische Vertreter Paul Hasluck erklärte, daß Griechenland trotz seines Beitrags zur alliierten Sache bereits zweimal vor dem Sicherheitsrat angeklagt worden sei. Unter diesem Umstand müsse man sich fragen, ob die Beschuldigungen den Tatsachen entsprechen, oder ob sie nur als Propaganda anzusehen seien, die dazu bestimmt sei, das griechische Volk und die britischen Truppen in ein unglückliches Licht zu setzen. Der amerikanische Vertreter im Sicherheitsrat, Herschel Johnson, stellte fest, daß nach Ansicht der Regierung der Vereinigten Staaten die Anwendung britischer Truppen in Griechenland ein stabilisierendes Faktor sei. Die Vereinigten Staaten seien weiterhin der Ansicht, daß Griechenland ein kleines, durch Krieg verwüstetes Land sei und keine seine Nachbarn, die fünfmal mächtiger seien, einen Krieg vor sich unzulässig.

der Regierung der Ver. Staaten, führte Johnson weiter aus, weist die folgenden Beschuldigungen der Ukraine zurück:
1. Die griechischen Wahlen seien nicht ordnungsgemäß verlaufen.
2. Griechenland bedrohe den Weltfrieden, weil es behaupte, noch im Kriegszustand mit Albanien zu sein.
3. Die Propaganda der monarchistischen Extremisten Griechenlands bedrohe den Frieden.

Manuilsky verharrt bei seiner Anklage
Der Sicherheitsrat setzte am Dienstag seine Diskussion über die von der Ukraine gegen Griechenland vorgebrachten Anschuldigungen fort. Die Sitzung begann mit einer Erklärung des ukrainischen Außenministers Manuilsky.
Der ukrainische Delegierte erklärte dem Vertreter Australiens, es sei nicht nötig, die Ukraine mitzuteilen, wie man mit dem Sicherheitsrat verhandeln müsse.
„Wenn die Minderheiten in Griechenland und Indonesien unterdrückt werden, und wenn Zwangsmaßnahmen gegen Länder in Südafrika getroffen werden, so ist es die Pflicht der Mitglieder der Vereinten Nationen, diese Tatsachen dem Sicherheitsrat zur Kenntnis zu bringen.“
Manuilsky wies mit seinem Bleistift auf den griechischen Delegierten Dendramis und wiederholte seine Anschuldigungen, daß griechische monarchistische Banden die albanischen Minderheiten terrorisierten hätten.
Er erwiderte auf die griechischen Erklärungen, die Kommunisten seien für den Terror in Griechenland verantwortlich, daß es Zeit sei, die Kommunisten nicht mehr als „Räuber“ zu bezeichnen, nach all dem, was sie während des Krieges und in der Widerstandsbewegung geleistet hätten. Niemand könne behaupten, daß die Kommunisten keinen Einfluß hätten. In Europa hätten die Kommunisten Tausende von Stimmen erhalten und bedeutende Posten in verschiedenen Regierungen bekle-

det. Nur in Spanien, Portugal und Griechenland würde die antikomunistische Politik weiter fortgesetzt.
England fordert Berichtigung
Manuilsky erklärte in Beantwortung der britischen und australischen Anfrage, warum die Sowjetunion keine Beobachter zu dem Volkentscheid in Griechenland entsandt hätte, sein Land hätte sich geweigert, da es der Ansicht sei, dies bedeute eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Griechenlands.
Manuilsky ersuchte den Sicherheitsrat, Maßnahmen gegen die Zwischenfälle an der albanischen Grenze, die eine Bedrohung des internationalen Friedens bedeuteten, zu unternehmen.
Nachdem der ukrainische Delegierte seine Ausführungen beendet hatte, ersuchte dann der britische Delegierte Sir Alexander Cadogan die Frage Manuilsky: „War der britische Unterstaatssekretär McNeil jemals in Griechenland?“
„Ich möchte den ukrainischen Delegierten fragen“, sagte Cadogan, „ob er seine diebezügliche Erklärung nicht verbessern will.“ Manuilsky erklärte sich dazu bereit.



Der Sicherheitsrat tagt. Von links nach rechts: Dr. Oscar Lange (Polen), Andrei Gromyko, (UdSSR), Sir Alexander Cadogan (Groß-Britannien), Herschel Johnson (USA) und Paul Hasluck (Australien). (duna-Bild)

Aus aller Welt

Washington. Der politische Vertreter der Vereinigten Staaten in Rumänien, Burton Y. Berry, der sich zur Zeit in Washington aufhält, hatte am Montag in Anwesenheit des Unterstaatssekretärs William Clavton eine Unterredung mit Präsident Truman.
Washington. Die jugoslawische Regierung hat sich grundsätzlich bereit erklärt, eine Entschädigungsumme für die Opfer, die bei dem Abschluß des amerikanischen Flugzeuges über Jugoslawien ums Leben kamen, zu zahlen.
New York. Feldmarschall Montgomery, der Chef des britischen Generalstabes, traf am 10. d. Mts. in New York ein. Der Feldmarschall wird die Militärakademie „West Point“ besuchen und danach in Washington mit General Eisenhower zusammenkommen. Außerdem wird er Präsident Truman einen Besuch abstatten.
Wien. Der Abschluß eines Handelsabkommens zwischen Österreich und Großbritannien wurde am Dienstag von der österreichischen Regierung bekanntgegeben. (INS)
Wien. In Österreich wird zur Zeit ein Prozeß gegen den ehemaligen Außenminister Gustav Schmidt und andere ehemalige Kabinettsmitglieder, wie Seydlitz, Claiss-Horsten, Kaltenbrunner und Schirach vorbereitet.
Prag. Der nationale Gerichtshof in Bratislava sprach am Dienstag Dr. Peter Zatkas, einen ehemaligen Minister in der nachjüdischen slowakischen Regierung und Mitglied der ersten provisorischen Nationalversammlung in Prag, von der Anklage der Zusammenarbeit mit dem Nazi-Regime frei.
Sofia. Die bulgarische Königsfamilie trifft auf Grund des Ergebnisses der Volksabstimmung vom letzten Sonntag Vorbereitungen für die Abreise ins Exil.
Athen. Die griechische Regierung hat ihren Gesandten in Jugoslawien angewiesen, bei der jugoslawischen Regierung um Rückgabe des kürzlich zur Landung gezwungenen Flugzeuges und um die Freilassung des Piloten nachzusuchen.
Tel Aviv. Die jüdische Arbeiterpartei hat auf einer dreitägigen Konferenz eine Entschiedenheit angenommen, in der folgende Forderungen erhoben werden: Sammlung in der zionistischen Bewegung und Fortsetzung des Kampfes für Erhöhung der Einwanderungsquote, weitestgehende Unterstützung von Siedlern mit dem Recht der Selbstverwirklichung und nationale Unabhängigkeit in einem jüdischen Staat.
Tokio. Der gesamte Kaiserliche Beauftragte geht nach dem Willen des Kaisers und der entsprechend vorgesehenen japanischen Verfassung in die Hände des Staates über.

Letzte Neuigkeiten

Ver. Staaten verzichten auf Reparationen Italiens
Paris, 12. Sept. (duna) Die USA-Delegation auf der Pariser Konferenz gab Mittwochnachmittag bekannt, daß die Vereinigten Staaten keine Reparationsleistungen von Italien beanspruchen.
Auch Südafrika verzichtet
Paris, 12. Sept. (duna) Die südafrikanische Delegation bei der Pariser Konferenz gab am Mittwochnachmittag bekannt, daß Südafrika auf Reparationsleistungen von Italien verzichtet.
Wien, 12. Sept. (duna) Die amerikanischen Besatzungstruppen in Österreich werden, wie die zuständigen US-Militärbehörden erklären, das Land vier Monate nach Unterzeichnung des Friedensvertrages verlassen.
Für Erhöhung der Welttagenerationen Sowjetunion und Argentinien eingeladen
Kopenhagen, 11. Sept. (duna) Auf der Dienstatzung der Welttagenerationen schlug der Vorsitzende des Wirtschafts- und Statistischen Ausschusses der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, Dr. M. K. Mukherjee (Indien) vor, die Ernährung- und Landwirtschaftsorganisation solle sich für die Erhöhung einer allgemeinen Welttageneration auf 3000 Kalorien pro Kopf der Bevölkerung einsetzen.
Auf der Welttagenerationenkonferenz wurde am 10. d. Mts. ein Vorschlag angenommen, die Regierungen der Sowjetunion und Argentinien zur Teilnahme an den Beratungen der Kommission für Erhaltung eines Welttagenerationen einzuladen. Für den Fall, daß die Sowjetunion und Argentinien es ablehnen, vollgültige Mitglieder dieser Arbeitskommission zu werden (die beiden Länder haben bisher die Einladung zur Teilnahme an der Kopenhagener Welttagenerationenkonferenz unbeantwortet gelassen) sollen sie zumindest als beratende Mitglieder an den Arbeiten dieser Kommission teilnehmen. Als Tagungsort für diese Kommission sind folgende vier Städte vorgeschlagen worden: London, Paris, Washington und Genf.

Interzonales Verkehrsamt geplant

Stuttgart, 11. Sept. (duna) Ein interzonales Verkehrsamt für die britische und amerikanische Zone soll nach einer Bekanntgabe der Pressestelle des Länderrates auf einer dieser Tage in Berlin stattfinden. Tagung, bei der Vertreter der Militärregierungen und der Länderregierungen der beiden Zonen, sowie deutsche Verkehrsbehörden und die zuständige amerikanische Regierung, zusammenkommen, gegründet werden. Auf der Tagung soll ferner der Leiter des neu zu bildenden Verkehrsamtes ernannt werden und die endgültige Fassung eines Statuts für die Verkehrsorganisation in der amerikanischen und britischen Zone zur Sprache kommen.

Zum Abkommen über Südtirol

Wien, 11. Sept. (duna) Der österreichische Außenminister Dr. Karl Gruber erklärte in einer Pressekonferenz im Hinblick auf das österreichisch-italienische Abkommen über Südtirol, daß Österreich zwischen einer erfolglosen Demonstrationspolitik und einer realistischen Politik, die den Südtirolern anständige Lebensbedingungen sichern könnte, wählen müßte. Als der Außenminister gefragt wurde, ob Österreich eine Erklärung des Verzichtes auf Südtirol abgeben hätte, sagte Dr. Gruber, daß eine solche Erklärung von niemandem verlangt wurde, und daß die österreichische Regierung sich auch nicht abgeben könnte.

Vor weiterer Klärung

Zum Wahlentscheid am 15. September

Von Wilhelm Baur

Reden und Taten sind nicht immer Antithese, wie die Volksmeinung allzu gerne annimmt. Es gibt auch Taten, die Taten sind. Die des amerikanischen Außenministers Byrnes war eine von dieser Art. Von ihr fällt in die Nacht des deutschen Schicksals ein heller Strahl der Hoffnung: sie gibt dem Ringen der vergangenen 1 1/2 Jahre den Stempel der Gültigkeit und nimmt dem Streben, an Hunger, Verarmung und Verachtung zu neuer Wertung zu kommen, das Stigma des Sinnwidrigen und Hoffnungslosen. Ein Hauch neuer Belebung entströmt ihr trotz oder gerade wegen aller Realistikk, der auch zeichnet ist, die Geister aufzuwecken, die am nächsten Sonntag zur 1. demokratischen Wahlentscheidung in den benachbarten Zonen aufgerufen sind. Dabei ist die große Schwierigkeit, die ein hungerndes, schlechendes Volk mit einer kaum mehr und mehr ausgezehrten Bevölkerung, die von der Bewältigung entscheidender zeitlicher Auseinandersetzungen zu befehlen hat, nicht zu verkennen. Gerade deshalb wird der Sonntag des 15. September in Zukunft seine Bedeutung haben. An ihm wird der größte Teil des uns noch verbliebenen Deutschlands in einer bedeutsamen Wahlentscheidung die Grundelemente des demokratischen Aufbaus in den Gemeinden aus eigener Kraft und unabhängig von allen anderen Einflüssen zu vollziehen haben, nachdem die Länder der amerikanischen Zone im Aufbau der formalen Gliederung bereits in einem gewissen Ordnung schon um einen guten Grad weiter vorwärts geschritten sind. In der russischen Zone sind an den letzten beiden Sonntagswahlentscheidungen gefallene, Pommern und Mecklenburg werden am nächsten Sonntag in der amerikanischen Zone die Rechte der Osthzone die letzten Züge einbringen. Das Volk der gesamten englischen und französischen Zone wird am gleichen Tage zur Wahlurne rufen, so daß nach diesem Termin nur noch die Stadt Hamburg am 13. Oktober und die ebenfalls im Reichshauptstadtbezirk am 20. Oktober ihre Vertrauensmänner in die Gemeindepunkte zu bestimmen haben werden. Mit dem 15. Sept. wird auch der Niveauunterschied, der sich in anderen Zonen gegenüber dem politischen Vorstadium in der amerikanischen Zone bemerkbar machte, einigermaßen ausgeglichen und die Epoche mehr oder weniger autoritärer Leitung der Gemeinden durch berufene statt gewählte Gemeindevorstände zum Abschluß gebracht sein. Wenn auch den Kommunalwahlen nicht die ausgesprochen politische Bedeutung wie den allgemeinen Wahlen zukommen werden kann, so hat doch die Erfahrung in der amerikanischen und russischen Zone gelehrt, daß sich das Wahlvolk im großen und ganzen vom Gewissen her zu den politischen Weltanschauungsblöcken orientiert, daß es über das Kleine hinweg zum Großen, also im Grunde genommen zum Politischen tendiert. Der Überblick über die nach dem 15. Sept. vorliegenden Gesamtergebnisse wird, wenn auch nicht eine vollständige, so doch eine annähernde Sicht der politischen Struktur und des politischen Willens der Wählermassen aufzeigen. Die Wahlordnungen in der amerikanischen und der französischen Zone, die sehen die reine Verhältniswahl in streng gebundenen Parteienlisten vor mit dem Unterschied, daß in der französischen Zone die Bürgermeister auf der Liste der Gemeinderäte mitzählt werden müssen. Die Wahlordnung in der englischen Zone enthält die Nominierung von 20 französischen Kandidaten und nähert sich somit in einem wesentlichen Punkt dem englischen Parlamentarismus an. Die Kandidaten werden dann in der Mehrheit vom Volk direkt gewählt, während die überschüssigen Stimmen auf einer Reserveliste gesammelt werden, die eine Verwertung der Reststimmen erlaubt. Mit besonderer Aufmerksamkeit wird die Wahlkampagne in Südbaden, das trotz der Zonenengrenzen und sonstiger Verkehrshindernisse in einer auch heute noch lebendigen, geistigen Beziehung zu Nordbaden steht, verfolgt werden. Hier haben die Parteien vollzogen sich merklich langsam, aber in derselben Form wie in der nordbadischen Zone. Es sind die gleichen vier Parteien mit dem einzigen Unterschied, daß die politische Sammlung der christlichen Kräfte, statt CDU, die Sozialdemokratie hat zahlreiche alte Führer in der vorderen Linie, während die KPD die Sozialdemokratie als Oberleiter, Sabotagekommissar, Staatsrat Eckert, mit starker Aktivität in den Wahlkampf eingegriffen hat. Die Verbundenheit von Nord- und Südbaden zeigt sich auch in der Wahlweise, die den südbadischen Parteien durch ihre nordbadischen Parteifreunde gewährt wird. Ein Reichsnamenskommissar, Nordbadens der CDU, vor allem aber der SPD, treten in zahlreichen Versammlungen im südbadischen Gebiet auf. Ebenso hat die Demokratische Partei führende Männer, den ehemaligen Reichsminister Dr. Dietrich, Ministerpräsidenten der CDU, die in südbadischen Versammlungen abgeordnet. In Südwürttemberg sind dieselben vier Parteien in den Wettstreit um die Wahlstimmen eingetreten. Auch hier wird sich der politische Wettkampf zwischen der CDU und der SPD abspielen, wobei die Sozialdemokratie durch die Persönlichkeit ihres Landesvorsitzenden, Prof. Dr. Karl Schmid, dem Schöpfer des württembergischen Verfassungsentwurfes, eine ganz besondere Schattierung erhält. Diese spezifisch südwürttembergische Form der SPD tendiert in Richtung der Labour-Partei auf einer Abtaste an das Zentrum der Klassenkämpfe und des historischen Materialismus, der, wie Schmid in seiner Rede anläßlich der Gründung des Landesverbandes der SPD erklärte, eine gründliche Wiedergeburt durch den Ablauf der historischen Ereignisse erfahren haben, die in antichristliche Haltung als politische Prinzipien in ihren Reihen keinen Platz hätten. Die kommenden Wahlen werden also zum erstenmal zu zeigen haben, ob diese Auffassung nur die Idee eines Mannes oder die spontane Wille der Arbeiterpartei ist. Auf alle Fälle werden die Wahlkämpfe sowohl in Südbaden, wie in Südwürttemberg, wenn auch nicht direkt, so doch in ihrer Auswirkung, nicht ohne Einfluß auf die Bildung zukünftiger Regierungen sein können.

Der Wahlkampf in der englischen Zone, in der auf den 13. Oktober die Kreiswahlen angesetzt sind, zeigt neben dem Auftreten einer Reihe von wirtschaftlichen und regionalen Solitärgruppen, die bei den süddeutschen Gemeindevahlen ebenfalls in Erscheinung treten, auch bei den drei zentralen politischen Wahlen wieder verschwinden und auch dort bei späteren politischen Wahlen wieder verschwinden werden, eine Besonderheit. Da ist zunächst einmal die starke Intensität der Wahlkampagne durch den scharfen Gegensatz zwischen SPD und CDU, der durch die beiden führenden Männer Dr. Schumacher und den früheren Oberbürgermeister von Köln, Dr. Adenauer, in programmatischen Reden zum Ausdruck kommt und der nicht zuletzt durch die Ausschaltung der CDU bei der Bildung der Regierung der Amerikaner in Nordrhein-Westfalen in dieser Form verurteilt wird. Hinzu kommt noch die heftige Auseinandersetzung zwischen der CDU, in deren Reihen die Mehrheit der früheren Zentrumsmitglieder von Rheinland und Westfalen politisch behauptet ist und für die der verstorbene Reichsminister Marx und auch Brüning von Amerika her plädierten und dem Neuen Zentrum, das heute noch ohne ausgesprochene Parteideologie aus der Tradition des ehemaligen Zentrums sicherlich zunächst einmal nicht ganz ohne Erfolg Wehrkraft zu ziehen sucht. Infolge der sozialen Schichtung der in vielen Großstädten zusammengeballten Arbeitermassen wird mit einer starken Anhängerschaft auch der KPD zu rechnen sein. Es mögen nur Gemeindevahlen sein, die jetzt stattfinden, sie bringen aber nicht nur eine Klärung über das politische Gesamtbild Deutschlands, sondern werden auch über die Zonenengrenzen hinweg eine Vertiefung des gemeinsamen Schicksals-

Kritik am Befreiungsgesetz und eine Antwort

Arbeitsminister R. Kohl über die Wiedereinstellung Entnazifizierter

Herr Regierungsrat a. D. August Zöllner, Karlsruhe, sandte uns folgende Zuschrift, die wir dem Herrn Arbeitsminister für Württemberg-Baden, R. Kohl, mit der Bitte um Einsicht und Stellungnahme überreichen. Wir veröffentlichen nachstehend die Zuschrift des Einsenders sowie die Antwort des Herrn Arbeitsministers:

Regierungsrat a. D. August Zöllner schreibt: „Die Durchführung des Gesetzes erfolgt ausschließlich durch die bei den Stadt- und Landkreis gebildeten Spruchkammern. Die Sühnmaßnahmen sind im Gesetz generell umschrieben und je nach Gruppe (Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer) im einzelnen von den Spruchkammern festzusetzen. Für die Beamten des öffentlichen Dienstes sind zusätzlich Sühnmaßnahmen vorgesehen z. B. Versetzung in den Ruhestand oder in ein Amt mit geringem Rang oder an eine andere Dienststelle mit Kürzung der Bezüge usw. Sühnmaßnahmen für die von einer Kammer „Entlasteten“ kommen nicht in Frage.“

Bisher war unter den Betroffenen, soweit es sich um Beamte handelt, die gesetzlich berechnete Ansicht allgemein vertreten, daß der Spruch der Kammer allein für die Sühne des Einzelnen maßgebend und daher für alle Teile verbindlich sei. Tatsächlich ist dies jedoch nicht der Fall, wie dies u. a. auch aus der Presse (Badische Neueste Nachrichten, Nummer 70, vom 20. 8.) zu entnehmen ist. Dort ist vom Herrn Württemberg-Badischen Arbeitsminister darauf hingewiesen worden, daß die ihm unterstellten Behörden und Ämter verpflichtet sind, die Wiederbeschäftigung eines Beamten von neuem, Anschließung an die Spruchkammerentscheidung durchzuführen, falls das Spruchverfahren abhängig zu machen. Diese Anweisung wird sogar so gehandhabt, daß ein Dienststellenleiter selbstherrlich die Wiederbeschäftigung ablehnen kann, wenn er Bedenken hat. Er ist also frei in seinem Entschluß und ver allen Dingen nicht an die Entscheidung der Spruchkammer gebunden, was aus Gründen rein politischer Art sehr bedenklich erscheinen muß.

Bei diesem Sachverhalt ist wohl die Frage erlaubt: „Warum überhaupt Spruchkammer?“ zu der Antwort: „Der Zweck des Gesetzes ist die öffentliche Dienststelle vorzusehen, Sühnmaßnahmen nur verhängt, wenn hierzu tatsächlich eine Veranlassung besteht. Ist eine Sühnmaßnahme, welche die Wiederbeschäftigung nicht verbietet, von der Kammer zusätzlich ausgesprochen worden, dann müßte es eintönig klar und für alle Teile verbindlich sein, daß der Beamte ohne weiteres auf seinen Arbeitsplatz zurückkehren kann. Die unabhängige und nur dem Gesetz unterworfenen Kammer ist allein befugt, Recht zu schaffen; sie muß wohl auch selbst Wert setzen auf die Befreiung nicht mehr straffensfähiger Spruch tatsächlich Ordnung schafft und nicht nach Belieben umgestaltet werden kann. Dies ist auch nach Artikel 31, Abs. 2 des Gesetzes insofern ausdrücklich verboten, als neben dem Verfahren vor der Spruchkammer andere Verfahren zur politischen Befreiung nicht mehr stattfinden haben. Ein solches Sonderverfahren kann auch nicht aus der Vorschrift des Artikels 64 des Gesetzes (kein Anspruch auf Wiedereinstellung oder Schadenersatz) hergeleitet werden, wenn es sich um einen Beamten handelt. Denn es ist nicht abzusehen, daß die Kammer solcher Sondermaßnahmen vorgesehen sind und andererseits zwingende gesetzliche Vorschriften bestehen, die ihr Rechtsverhältnis zum Staat bzw. zur Anstellungsbehörde aus dem Lebenslauf und unabdingbar gestaltet haben, überhaupt Anwendung finden kann.“

Ein betroffener Beamter muß schließlich auch Wert darauf legen, daß das Befreiungsverfahren für ihn nicht zu einer Kette ohne Ende gestaltet wird. Dies wäre aber der Fall, wenn trotz des Spruchs der Kammer andere Sühnmaßnahmen, die Stellung, Rang, Einkommen usw. des Beamten bereits geregelt haben, die Wiederbeschäftigung durch das gekennzeichnete neue Verfahren verzögert oder sogar unmöglich gemacht würde.“

Der Württemberg-Badische Arbeitsminister R. Kohl erwidert unter dem Titel „Eine Antwort“: „Herr Regierungsrat a. D. August Zöllner schreibt die von mir herausgegebene Verfügung, wonach ehemalige Nationalsozialisten nach ihrer Entnazifizierung nur mit meiner Zustimmung eingestellt werden können, etwas mißverständlich. Die in der Verfügung enthaltene grundsätzliche Einstellung, die ich dahin präzisieren möchte, daß wir uns bei dem Zustand der deutschen Wirtschaft und auch bei der Lage des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit nicht gestatten können, etliche Millionen nomadischer Pöbel aus der Wirtschaft und Verwaltung auszuschließen, verlangt aber gerade diese Auffassung gewisse Garantien. Sie werden mir zu geben, Herr Regierungsrat, daß der in der Vergangenheit übliche Zustand, bedenkenlos in irgendeiner Partei zu schlüpfen, um hinterher zu sagen, ich war innerlich immer Gegner dieser Partei, nicht von einer alten großen Charakterstärke spricht. Auf der anderen Seite werden Sie rein sachlich meine Auffassung unterstreichen müssen, die dahin geht, daß ich nicht zulassen kann, daß Menschen, die nach dem Zusammenbruch versucht haben, gemeinsam mit der Besatzungsbehörde das Schlimmste dem deutschen Volke fern zu halten, jetzt aus ihren Stellungen entfernt werden, um entnazifizierte Beamten wieder ihren alten Platz einzunehmen. Wir würden damit einen Zustand schaffen, der nicht nur von den davon Betroffenen nicht verstanden werden könnte, sondern auch von der gesamten Öffentlichkeit die stärkste Ablehnung erfahren würde. Ohne den Beamten in irgendeiner Form zu nahe zu treten, dürfte aber der Beweis erbracht werden sein, daß diejenigen, die bisher nicht in einem Beamtenverhältnis standen, haben und durch den Zwang der geschaffenen Verhältnisse ein solches Amt aufnehmen müßten, zum überwiegenden Teil in der Lage waren, nach einer kurzen Anlaufzeit die ihnen gestellten Aufgaben restlos zu erfüllen. Das Erbe der Regierungsrat, das uns hinterlassen worden ist, dürfte auch zum größten Teil darauf zurückzuführen sein, daß viele Kreise der Beamtenschaft Mitglieder der Partei geworden sind und damit wesentlich dazu beigetragen haben, die Politik des Nationalsozialismus zu fundieren. Sie werden doch zugeben, daß es eine Unmöglichkeit ist, daß ein Beamter, der sich in der Vergangenheit als Parteimitglied bewiesen hat, seine verbrochenen Politik durchzuführen, wenn in der Kette einige Glieder gefehlt hätten und Sie werden weiter verstehen, daß ich verantwortungsvoll genug bin, wenigstens in meinem Dienstbereich mit dazu beizutragen, daß die Beamten, die sich in der Vergangenheit als Parteimitglieder bewiesen haben, nicht in die Kette einbezogen werden. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die Beamten, die sich in der Vergangenheit als Parteimitglieder bewiesen haben, nicht in die Kette einbezogen werden. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die Beamten, die sich in der Vergangenheit als Parteimitglieder bewiesen haben, nicht in die Kette einbezogen werden.“

heit nicht gestatten können, etliche Millionen nomadischer Pöbel aus der Wirtschaft und Verwaltung auszuschließen, verlangt aber gerade diese Auffassung gewisse Garantien. Sie werden mir zu geben, Herr Regierungsrat, daß der in der Vergangenheit übliche Zustand, bedenkenlos in irgendeiner Partei zu schlüpfen, um hinterher zu sagen, ich war innerlich immer Gegner dieser Partei, nicht von einer alten großen Charakterstärke spricht. Auf der anderen Seite werden Sie rein sachlich meine Auffassung unterstreichen müssen, die dahin geht, daß ich nicht zulassen kann, daß Menschen, die nach dem Zusammenbruch versucht haben, gemeinsam mit der Besatzungsbehörde das Schlimmste dem deutschen Volke fern zu halten, jetzt aus ihren Stellungen entfernt werden, um entnazifizierte Beamten wieder ihren alten Platz einzunehmen. Wir würden damit einen Zustand schaffen, der nicht nur von den davon Betroffenen nicht verstanden werden könnte, sondern auch von der gesamten Öffentlichkeit die stärkste Ablehnung erfahren würde. Ohne den Beamten in irgendeiner Form zu nahe zu treten, dürfte aber der Beweis erbracht werden sein, daß diejenigen, die bisher nicht in einem Beamtenverhältnis standen, haben und durch den Zwang der geschaffenen Verhältnisse ein solches Amt aufnehmen müßten, zum überwiegenden Teil in der Lage waren, nach einer kurzen Anlaufzeit die ihnen gestellten Aufgaben restlos zu erfüllen. Das Erbe der Regierungsrat, das uns hinterlassen worden ist, dürfte auch zum größten Teil darauf zurückzuführen sein, daß viele Kreise der Beamtenschaft Mitglieder der Partei geworden sind und damit wesentlich dazu beigetragen haben, die Politik des Nationalsozialismus zu fundieren. Sie werden doch zugeben, daß es eine Unmöglichkeit ist, daß ein Beamter, der sich in der Vergangenheit als Parteimitglied bewiesen hat, seine verbrochenen Politik durchzuführen, wenn in der Kette einige Glieder gefehlt hätten und Sie werden weiter verstehen, daß ich verantwortungsvoll genug bin, wenigstens in meinem Dienstbereich mit dazu beizutragen, daß die Beamten, die sich in der Vergangenheit als Parteimitglieder bewiesen haben, nicht in die Kette einbezogen werden. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die Beamten, die sich in der Vergangenheit als Parteimitglieder bewiesen haben, nicht in die Kette einbezogen werden.“

Der Württemberg-Badische Arbeitsminister R. Kohl erwidert unter dem Titel „Eine Antwort“: „Herr Regierungsrat a. D. August Zöllner schreibt die von mir herausgegebene Verfügung, wonach ehemalige Nationalsozialisten nach ihrer Entnazifizierung nur mit meiner Zustimmung eingestellt werden können, etwas mißverständlich. Die in der Verfügung enthaltene grundsätzliche Einstellung, die ich dahin präzisieren möchte, daß wir uns bei dem Zustand der deutschen Wirtschaft und auch bei der Lage des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit nicht gestatten können, etliche Millionen nomadischer Pöbel aus der Wirtschaft und Verwaltung auszuschließen, verlangt aber gerade diese Auffassung gewisse Garantien. Sie werden mir zu geben, Herr Regierungsrat, daß der in der Vergangenheit übliche Zustand, bedenkenlos in irgendeiner Partei zu schlüpfen, um hinterher zu sagen, ich war innerlich immer Gegner dieser Partei, nicht von einer alten großen Charakterstärke spricht. Auf der anderen Seite werden Sie rein sachlich meine Auffassung unterstreichen müssen, die dahin geht, daß ich nicht zulassen kann, daß Menschen, die nach dem Zusammenbruch versucht haben, gemeinsam mit der Besatzungsbehörde das Schlimmste dem deutschen Volke fern zu halten, jetzt aus ihren Stellungen entfernt werden, um entnazifizierte Beamten wieder ihren alten Platz einzunehmen. Wir würden damit einen Zustand schaffen, der nicht nur von den davon Betroffenen nicht verstanden werden könnte, sondern auch von der gesamten Öffentlichkeit die stärkste Ablehnung erfahren würde. Ohne den Beamten in irgendeiner Form zu nahe zu treten, dürfte aber der Beweis erbracht werden sein, daß diejenigen, die bisher nicht in einem Beamtenverhältnis standen, haben und durch den Zwang der geschaffenen Verhältnisse ein solches Amt aufnehmen müßten, zum überwiegenden Teil in der Lage waren, nach einer kurzen Anlaufzeit die ihnen gestellten Aufgaben restlos zu erfüllen. Das Erbe der Regierungsrat, das uns hinterlassen worden ist, dürfte auch zum größten Teil darauf zurückzuführen sein, daß viele Kreise der Beamtenschaft Mitglieder der Partei geworden sind und damit wesentlich dazu beigetragen haben, die Politik des Nationalsozialismus zu fundieren. Sie werden doch zugeben, daß es eine Unmöglichkeit ist, daß ein Beamter, der sich in der Vergangenheit als Parteimitglied bewiesen hat, seine verbrochenen Politik durchzuführen, wenn in der Kette einige Glieder gefehlt hätten und Sie werden weiter verstehen, daß ich verantwortungsvoll genug bin, wenigstens in meinem Dienstbereich mit dazu beizutragen, daß die Beamten, die sich in der Vergangenheit als Parteimitglieder bewiesen haben, nicht in die Kette einbezogen werden. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die Beamten, die sich in der Vergangenheit als Parteimitglieder bewiesen haben, nicht in die Kette einbezogen werden.“

Die 3 Ministerpräsidenten zur Byrnes-Rede

Gemeinsame Erklärung in der zwölften Länderratssitzung — Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes angenommen

Stuttgart, 11. Sept. (danz). Die Stuttgarter Rede des amerik. Außenministers James F. Byrnes sei eine staatsmännische Tat gewesen, die den aufrichtigen Dank der Deutschen verdiene, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der 3 Ministerpräsidenten der Länder der amerikanischen Besatzungszone am 10. d. Mts. in der 12. Tagung des Länderrates in Stuttgart durch den Ministerpräsidenten von Großhessen, Prof. Dr. Geiler, verlesen wurde. In der Erklärung heißt es u. a.: „Wir stehen unter dem Eindruck der Besuche des amerikanischen Außenministers in unserer Zone und der bedeutungsvollen weltpolitischen Rede, die er in Stuttgart gehalten hat. Was Außenminister Byrnes in dieser Rede und auch bei der persönlichen Unterhaltung, die wir Ministerpräsidenten mit ihm führen konnten, ausgesprochen hat, hat uns neuen Mut und neuen Antrieb für die schwierige und verantwortungsvolle Aufbaubarbeit gegeben, in der wir stehen. Seine Stuttgarter Rede selbst war eine staatsmännische Tat, die unseren aufrichtigen Dank verdient. Ausgehend von dem Grundgedanken, daß das Schicksal Deutschlands zumeist bestimmend für das Schicksal Europas ist, fordert der amerikanische Außenminister mit Nachdruck vor allem die Herstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands nach Maßgabe der Potsdamer Beschlüsse und weist darauf hin, daß die deutsche Volkswirtschaft die Einheit noch immer nicht herbeigeführt ist.“

Wir nahmen mit Genugtuung von der Erklärung des amerikanischen Außenministers Kenntnis, daß dem deutschen Volk bald die wesentlichen Friedensbedingungen mitgeteilt werden sollen, demnächst der Eindruck des Besuchs des amerikanischen Außenministers in unserer Zone und der bedeutungsvollen weltpolitischen Rede, die er in Stuttgart gehalten hat. Was Außenminister Byrnes in dieser Rede und auch bei der persönlichen Unterhaltung, die wir Ministerpräsidenten mit ihm führen konnten, ausgesprochen hat, hat uns neuen Mut und neuen Antrieb für die schwierige und verantwortungsvolle Aufbaubarbeit gegeben, in der wir stehen. Seine Stuttgarter Rede selbst war eine staatsmännische Tat, die unseren aufrichtigen Dank verdient. Ausgehend von dem Grundgedanken, daß das Schicksal Deutschlands zumeist bestimmend für das Schicksal Europas ist, fordert der amerikanische Außenminister mit Nachdruck vor allem die Herstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands nach Maßgabe der Potsdamer Beschlüsse und weist darauf hin, daß die deutsche Volkswirtschaft die Einheit noch immer nicht herbeigeführt ist.“

Die Vorbereitung der Zonenvereinigung Stuttgart, 11. Sept. (danz). Hauptauschüsse aus Vertretern der amerikanischen und der britischen Besatzungszone, die am 10. d. Mts. in Stuttgart die Wirtschaft werden der Pressestelle des Länderrates zufolge in Kürze ihre Tätigkeit aufnehmen. Die Bildung von Ausschüssen für Verkehr, Finanzen und für die Post steht bevor. Die Hauptauschüsse bestehen aus je drei Vertretern der Fachverwaltung der beiden Besatzungszone, die für den Postauswärtigen Dienst Stuttgart bestimmt werden. Für den Hauptauschuss Verkehr ist noch kein endgültiger Vorschlag gemacht. Für den Hauptauschuss Ernährung und Landwirtschaft wird voraussichtlich Bad Kissingen, ein Antrags des Ausschusses Finanzen und Kredit wird voraussichtlich die Stadt Künzelsau bestimmt werden. Eine der wichtigsten Bestimmungen in den Statuten für die Zweizonen-Hauptauschüsse besagt, daß bei Ausschlußbeschlüssen die überstimmte Mehrheit das Recht hat, bei den zuständigen Stellen Einspruch zu erheben. Erfolgt kein Einspruch, wird die Beschlussfassung rechtskräftig.

1 Jahr Deutsche-Allgem.-Nachrichten-Agentur

Mittlerin politisch-öffentlichen Lebens — Aufbau nach genossenschaftlichen Grundsätzen

Bad Nauheim, 11. Sept. (danz-Sonderdienst) Am 6. September feierte D a n a, die einzige deutsche Nachrichtenagentur in der amerikanischen Besatzungszone, ihr einjähriges Bestehen. Ihre Aufgabe ist den 40 lizenzierten Zeitungen der amerik. Zone alle Vorkänge in Politik, Wirtschaft, Kultur und Technik aus allen Ländern der Welt schnell, objektiv und wahrheitsgetreu zu übermitteln. Sie will nur eine zuverlässige Mittlerin in der politischen und öffentlichen Arbeit sein, die für Frieden, demokratische Freiheit und Menschlichkeit wirkt. Für die Nachrichtenversorgung fehlten zu Beginn der Einheitsredaktion vor allem die Sender für den Hellsehreiber, den drahtlosen Fernschreiber. Mit einer amerikanischen Armierung wurde in Bad Nauheim eine Versendung durchgeführt, die als „Grundsteinlegung“ der Dana anzusehen ist. Im Juni 1945 wurde in der Nähe von Mühlacker eine fahrbare, halb zerstörte 40-kW-Station aufgefunden und nach Bad Nauheim gebracht. Am 4. September, 5.30 Uhr morgens, begann der Sender seinen regelmäßigen Betrieb. „Nach waren die Meldungen mit GNS (German News Service) gezeichnet, da die Bearbeitung und Herausgabe der Nachrichten durch 13 amerikanische Redakteure erfolgte. In der Mansarde eines Hotels beugten sie in englischer Sprache Nachrichten aus Deutschland zu sammeln und herauszugeben. Mit der Lizenzierung der Frankfurter Rundschau“ am 1. August 1945 wurde die Notwendigkeit einer Agentur, die Nachrichten aus aller Welt in deutscher Sprache vermittelt, akut. Am 5. September traten die ersten drei deutschen Journalisten ihrer Redaktion an. Der Redaktionsstab der neuen Nachrichtenzentrale an der Sender funkte am 6. September, früh um 6 Uhr, zum ersten Mal: „Hier ist Dana. Bad Nauheim.“ Damit war die Deutsche Allgemeine Nachrichtenagentur ins Leben getreten. Die größte Schwierigkeit war die technische Ausrüstung der Redaktion zu beschaffen zu überwinden. Da der größte Teil der deutschen Journalisten durch seine Mitarbeit an der Nazi-Presse politisch belastet ist, während die Gegner des Hitler-Regimes in den Reihen der Journalisten zum größten Teil vernichtet wurden oder in die Emigration zogen, mußte man sich, was schwer, geeignete Mitarbeiter suchen. Die amerik. Redakteure sind nach den Ver. Staaten zurückgekehrt und nur einige wenige Kontrollbeamte sind in der Dana noch tätig. Der Mittelpunkt des Nachrichtennetzes der Dana ist die Zentrale in Bad Nauheim, in der täglich etwa 160 000 Worte aufgenommen werden. Die Quellen für Auslandsnachrichten sind ausländische Nachrichtenbüros und Rundfunkstationen, deren Empfang über Morse-Funk, Hellsehreiber oder Rundfunk erfolgt. Unter der Kontrolle der amerik. Armee hat die Dana modernes Nachrichtenwesen in Deutschland eingeführt. Dana verfolgt den Grundsatz, daß die Berichterstattung von Meinungsäußerung streng getrennt sein muß und hat dem deutschen Leser durch demokratische Methode der objektiven, unparteiischen Berichterstattung als Grundsatz der neuen Agentur nahegebracht. Die Deutsche Allgemeine Nachrichtenagentur, die in Kürze lizenziert werden soll, wird nach genossenschaftlichen Grundsätzen aufgebaut. Damit wird gewährleistet, daß die Dana in ihrer Nachrichtenabteilung frei und unabhängig arbeiten kann. General McClure zum einjährigen Bestehen Berlin, 11. Sept. (danz). Die Zeitungen und Nachrichten-Agenturen bedeuten einen so wichtigen Teil des modernen Lebens und der modernen Kultur, daß ihr Nichtvorhandensein ein Vakuum schaffen würde, das sich mit Gerüchten und Unsicherheit anfüllt, heißt es in einer Erklärung General Robert A. McClures, des Leiters des Amtes der Nachrichtenkontrolle der amerik. Militärregierung für Deutschland, die am 6. d. Mts. anläßlich der Wiederkehr des Gründungstages der Dana bekanntgegeben wurde. „Ein solches Vakuum bestand nach Einstellung der Feindseligkeiten in Deutschland. Über ein Jahr lang hat die amerikanische Nachrichtenkontrolle dazu beigetragen, die deutsche Presse und alle für die Nachrichtenabteilung wesentlichen Einrichtungen wieder aufzubauen.“ Die Deutsche Allgemeine Nachrichten-Agentur, die heute vor einem Jahr gegründet wurde, hat einen hervorragenden Anteil an dem Aufbau deutscher Zeitungen, die verantwortliche, demokratische und wahrheitsgetreue Übermittler von Nachrichten sein sollen. Es ist die Hoffnung und der Glaube der Militärregierung, daß die Dana und die rund 40 lizenzierten Zeitungen in der amerikanischen Zone auch in den kommenden Monaten und Jahren weiter als Mittler einer korrekten Nachrichtenübermittlung und einer freien Meinungsäußerung dienen. Ich gratuliere der Dana zu der bisher geleisteten Arbeit und möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Deutsche Allgemeine Nachrichten-Agentur, wenn sie ein gemeinsames Unternehmen der Verleger wird, ihren Besuchern wirksam und gut dient.“

Das freie Wort

Zu dem Thema „Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen und Internierten“ veröffentlichte folgende Leserstimmen:

Herr Albert Hermann, Karlsruhe. Gelland, die Sie schreibt u. a.: „Immer wieder ist Rede davon, daß nach Raum dafür gefunden werden muß, um Flüchtlinge, Evakuierte und Gefangene unterbringen zu können. Dabei denkt niemand an die Leute, die noch zu Tausenden in Frankreich hinter Stacheldraht sitzen, die internierten Frauen und Kinder, die doch auch wieder heim wollen. Sind die internierten Frauen und Kinder Stacheldrahtverbrecher, daß sie noch so lange hinter Stacheldraht festgehalten werden oder aus der Heimkehr gestrichen werden? Es wäre an der Zeit, daß diese Internierten von den zuständigen Behörden in den letzten Frankreichs gefordert würden, damit auch sie wieder die Freiheit genießen dürfen.“ — Frau Schwick, Karlsruhe-Grünwinkel, Mörscherstr. 1, teilt uns mit: „Habt Ihr die 14-Birgerkriegs-Gefangenen in Frankreich verzeihen? Sollen die Jungen nicht als die Alten verdulteten? Wie traurig und schmerzhaft für eine Mutter, wenn eine dringende Bitte abgewiesen wird, wenn sie eine Gefangene zu sich kommen kann und auch nicht helfen. Wer Frankreich verzeihen, wenn sie wieder heim wollen, muß nicht die Jugend der Zukunft damit befragen? Wenn sie zurückkommen, haben sie keinen Beruf mehr, sind vielleicht krank, erblindet, sind Ihr, was Mutter sein heißt? Dann werden sie als Grundbesitzer Nationalisten der Luft frei es sind noch Kinder.“ — Frau Sophie G. von Godesheim, meint: „Ich habe das Bedürfnis, die Worte über die armen Kriegsgefangenen zu schreiben. Man verzweifelt ganz. Jeden Tag wartet man auf Nachricht und bekommt keine. Ich habe geschrieben, aber keine Antwort. Ich habe geschrieben, aber keine Antwort. Ich habe geschrieben, aber keine Antwort. Ich habe geschrieben, aber keine Antwort.“

Stimme der Parteien

Herr Franz Zilly, Bürgermeister, Söllingen, schreibt uns: „Da ich in Ihrem geschätzten Blatt im Nummer 79 vom 1. d. Mts. die SPD unter der Rubrik „Stimme der Parteien“ veröffentlichte, möchte ich Sie, unter der gleichen Rubrik folgende Zeilen zu bringen: Mir wurde schon vor 14 Tagen von Dritter Stellvertreter, daß ein Artikel über mich kommen würde. Es wurden auch über den Inhalt Äußerungen gemacht. Ich war daher schon auf einige Gedanken gekommen. Ich bin seit Jahren im demokratischen Volksfreund der SPD tätig. Ich bin ein deutscher Bürger durch den Dreck geputzt worden, der spürt denselben Geist heute wieder bei der Ortsgruppe der SPD Söllingen. Von welcher Demokratie ist das auch nicht ein Hauch zu spüren. Um zu wissen, wie ich die P. g. schaut, habe ich mich an unsere Ratsdiner, die gewiß ein verlässliche Zeugen sind, erkundigt. Ich bin, freigegeben, ebenso kann man sich bei der P. g. einsetzten Wohnung-Kontrollkommission erkundigen. Ich habe mit dem festen Entschluß das Amt des Bürgermeisterstimm angenommen, Recht und Gerechtigkeit zu tun, so weit es überhaupt Menschen möglich ist. Ich würde mir in dem Artikel Unwahrhaftigkeiten vorwerfen. Ich fürchte diesen Anwurf nicht. Die Wahrheit macht frei! Das ist ein Spruch, der ewig Gültigkeit hat. Seit ich mich als Mann fühle, habe ich noch niemand bewußt die Unwahrheit gesagt. Ich stehe für mein Wort und meine Handlungen jederzeit voll und ganz ein. Die Gemüter sind mit der Wahrheit weniger kennbar, das habe ich schon am eigenen Leib erfahren. Ich habe die Wahl mit Betroffenheit festgenommen. Ich habe die Wahl mit Betroffenheit festgenommen. Ich habe die Wahl mit Betroffenheit festgenommen.“

neuen A

In der Konstituante der neuen A... (Text continues with political commentary and news snippets, partially obscured by the page edge)

Das freie Wort

Zu dem Thema „Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen und Internierten“ veröffentlichte folgende Leserstimmen:

Herr Albert Hermann, Karlsruhe. Gelland, die Sie schreibt u. a.: „Immer wieder ist Rede davon, daß nach Raum dafür gefunden werden muß, um Flüchtlinge, Evakuierte und Gefangene unterbringen zu können. Dabei denkt niemand an die Leute, die noch zu Tausenden in Frankreich hinter Stacheldraht sitzen, die internierten Frauen und Kinder, die doch auch wieder heim wollen. Sind die internierten Frauen und Kinder Stacheldrahtverbrecher, daß sie noch so lange hinter Stacheldraht festgehalten werden oder aus der Heimkehr gestrichen werden? Es wäre an der Zeit, daß diese Internierten von den zuständigen Behörden in den letzten Frankreichs gefordert würden, damit auch sie wieder die Freiheit genießen dürfen.“ — Frau Schwick, Karlsruhe-Grünwinkel, Mörscherstr. 1, teilt uns mit: „Habt Ihr die 14-Birgerkriegs-Gefangenen in Frankreich verzeihen? Sollen die Jungen nicht als die Alten verdulteten? Wie traurig und schmerzhaft für eine Mutter, wenn eine dringende Bitte abgewiesen wird, wenn sie eine Gefangene zu sich kommen kann und auch nicht helfen. Wer Frankreich verzeihen, wenn sie wieder heim wollen, muß nicht die Jugend der Zukunft damit befragen? Wenn sie zurückkommen, haben sie keinen Beruf mehr, sind vielleicht krank, erblindet, sind Ihr, was Mutter sein heißt? Dann werden sie als Grundbesitzer Nationalisten der Luft frei es sind noch Kinder.“ — Frau Sophie G. von Godesheim, meint: „Ich habe das Bedürfnis, die Worte über die armen Kriegsgefangenen zu schreiben. Man verzweifelt ganz. Jeden Tag wartet man auf Nachricht und bekommt keine. Ich habe geschrieben, aber keine Antwort. Ich habe geschrieben, aber keine Antwort. Ich habe geschrieben, aber keine Antwort. Ich habe geschrieben, aber keine Antwort.“

Stimme der Parteien

Herr Franz Zilly, Bürgermeister, Söllingen, schreibt uns: „Da ich in Ihrem geschätzten Blatt im Nummer 79 vom 1. d. Mts. die SPD unter der Rubrik „Stimme der Parteien“ veröffentlichte, möchte ich Sie, unter der gleichen Rubrik folgende Zeilen zu bringen: Mir wurde schon vor 14 Tagen von Dritter Stellvertreter, daß ein Artikel über mich kommen würde. Es wurden auch über den Inhalt Äußerungen gemacht. Ich war daher schon auf einige Gedanken gekommen. Ich bin seit Jahren im demokratischen Volksfreund der SPD tätig. Ich bin ein deutscher Bürger durch den Dreck geputzt worden, der spürt denselben Geist heute wieder bei der Ortsgruppe der SPD Söllingen. Von welcher Demokratie ist das auch nicht ein Hauch zu spüren. Um zu wissen, wie ich die P. g. schaut, habe ich mich an unsere Ratsdiner, die gewiß ein verlässliche Zeugen sind, erkundigt. Ich bin, freigegeben, ebenso kann man sich bei der P. g. einsetzten Wohnung-Kontrollkommission erkundigen. Ich habe mit dem festen Entschluß das Amt des Bürgermeisterstimm angenommen, Recht und Gerechtigkeit zu tun, so weit es überhaupt Menschen möglich ist. Ich würde mir in dem Artikel Unwahrhaftigkeiten vorwerfen. Ich fürchte diesen Anwurf nicht. Die Wahrheit macht frei! Das ist ein Spruch, der ewig Gültigkeit hat. Seit ich mich als Mann fühle, habe ich noch niemand bewußt die Unwahrheit gesagt. Ich stehe für mein Wort und meine Handlungen jederzeit voll und ganz ein. Die Gemüter sind mit der Wahrheit weniger kennbar, das habe ich schon am eigenen Leib erfahren. Ich habe die Wahl mit Betroffenheit festgenommen. Ich habe die Wahl mit Betroffenheit festgenommen. Ich habe die Wahl mit Betroffenheit festgenommen.“

neuen A

In der Konstituante der neuen A... (Text continues with political commentary and news snippets, partially obscured by the page edge)



Ein Idealist

Die Uhr schlägt acht vom Turm. Es ist ein herrlicher Morgen von jener Klarheit und...



Semesterabschlussfeier des Ausländeramtes

Das Ausländeramt der Technischen Hochschule veranstaltete eine Semesterabschlussfeier...

Badische Neueste Nachrichten

Beifall. Zuletzt sei der gut eingespielten Hanskapelle gedankt...

Vorsicht bei Gedächtnis. Einem Kaufmann wurden im Bunkerhotel ein Koffer mit Lebensmitteln...

Selbstmordversuch. Ein Angestellter aus Pforzheim erkrankte an der Handhabung von Gift...

Diebstahl. In der Nacht wurden drei Männer überfallen...

Goldene Hochzeit. Die Eheleute Matthias Meßmerer feierten...

F. C. West. Im Gasthaus 'Unter den Linden' findet am Freitag...

Wann bereite ich Beerenobstanlagen vor?

Bestes, krankheitsfreies Material für Mutterpflanzen

Beerenobstanlagen müssen mit Sorgfalt und Bedacht vorbereitet und einrichtet werden...

Auf eine Besonderheit der Erdbeerobstanlagen sei hier noch eingegangen...

Alle Neuanlagen sollen gegen Ende des Hochsommers...

Die Tagung erzielte durch die Anwesenheit von Minister Dr. Heinrich Kühler...

In der regen Aussprache, die sich an die Berichte der einzelnen Kreisvertreter...

Bürgermeister Heurich stellte fest, daß die Stunde der Bewährung für die CDU...

Die Tagung erzielte durch die Anwesenheit von Minister Dr. Heinrich Kühler...

In der regen Aussprache, die sich an die Berichte der einzelnen Kreisvertreter...

Bürgermeister Heurich stellte fest, daß die Stunde der Bewährung für die CDU...

Die Tagung erzielte durch die Anwesenheit von Minister Dr. Heinrich Kühler...

In der regen Aussprache, die sich an die Berichte der einzelnen Kreisvertreter...

Bürgermeister Heurich stellte fest, daß die Stunde der Bewährung für die CDU...

Die Tagung erzielte durch die Anwesenheit von Minister Dr. Heinrich Kühler...

In der regen Aussprache, die sich an die Berichte der einzelnen Kreisvertreter...

Bürgermeister Heurich stellte fest, daß die Stunde der Bewährung für die CDU...

Die Tagung erzielte durch die Anwesenheit von Minister Dr. Heinrich Kühler...

In der regen Aussprache, die sich an die Berichte der einzelnen Kreisvertreter...

Bürgermeister Heurich stellte fest, daß die Stunde der Bewährung für die CDU...

Die Tagung erzielte durch die Anwesenheit von Minister Dr. Heinrich Kühler...

In der regen Aussprache, die sich an die Berichte der einzelnen Kreisvertreter...

Bürgermeister Heurich stellte fest, daß die Stunde der Bewährung für die CDU...

Die Tagung erzielte durch die Anwesenheit von Minister Dr. Heinrich Kühler...

In der regen Aussprache, die sich an die Berichte der einzelnen Kreisvertreter...

Bürgermeister Heurich stellte fest, daß die Stunde der Bewährung für die CDU...

Die Tagung erzielte durch die Anwesenheit von Minister Dr. Heinrich Kühler...

In der regen Aussprache, die sich an die Berichte der einzelnen Kreisvertreter...

Vorhang auf im Staatstheater

Besetzung der Hauptpartien: Die Carmen singt als Antrittspartie...

In Mittelpunkt der Veranstaltung stand das in bekannter Meisterhand...

In einem sich an die Feier anschließenden Beisammensitzen...

Die Semesterrückführung des Ausländeramtes ist als Auftakt einer Reihe...

Die Semesterrückführung des Ausländeramtes ist als Auftakt einer Reihe...

Die Semesterrückführung des Ausländeramtes ist als Auftakt einer Reihe...

Die Semesterrückführung des Ausländeramtes ist als Auftakt einer Reihe...

Die Semesterrückführung des Ausländeramtes ist als Auftakt einer Reihe...

Die Semesterrückführung des Ausländeramtes ist als Auftakt einer Reihe...

Die Semesterrückführung des Ausländeramtes ist als Auftakt einer Reihe...

Die Semesterrückführung des Ausländeramtes ist als Auftakt einer Reihe...

Die Semesterrückführung des Ausländeramtes ist als Auftakt einer Reihe...

Die Semesterrückführung des Ausländeramtes ist als Auftakt einer Reihe...

Die Semesterrückführung des Ausländeramtes ist als Auftakt einer Reihe...

Die Semesterrückführung des Ausländeramtes ist als Auftakt einer Reihe...

Die Semesterrückführung des Ausländeramtes ist als Auftakt einer Reihe...

Die Semesterrückführung des Ausländeramtes ist als Auftakt einer Reihe...

Die Semesterrückführung des Ausländeramtes ist als Auftakt einer Reihe...

Die Semesterrückführung des Ausländeramtes ist als Auftakt einer Reihe...

Die Semesterrückführung des Ausländeramtes ist als Auftakt einer Reihe...

Die Semesterrückführung des Ausländeramtes ist als Auftakt einer Reihe...

Die Semesterrückführung des Ausländeramtes ist als Auftakt einer Reihe...

Die Semesterrückführung des Ausländeramtes ist als Auftakt einer Reihe...

Die Semesterrückführung des Ausländeramtes ist als Auftakt einer Reihe...

Alte Kammermusik

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die junge Union tagte in Karlsruhe

Landgerichtsdirektor Dr. Kühn führte u. a. aus: Wir von der CDU...

Landgerichtsdirektor Dr. Kühn führte u. a. aus: Wir von der CDU...

Landgerichtsdirektor Dr. Kühn führte u. a. aus: Wir von der CDU...

Landgerichtsdirektor Dr. Kühn führte u. a. aus: Wir von der CDU...

Landgerichtsdirektor Dr. Kühn führte u. a. aus: Wir von der CDU...

Landgerichtsdirektor Dr. Kühn führte u. a. aus: Wir von der CDU...

Landgerichtsdirektor Dr. Kühn führte u. a. aus: Wir von der CDU...

Landgerichtsdirektor Dr. Kühn führte u. a. aus: Wir von der CDU...

Landgerichtsdirektor Dr. Kühn führte u. a. aus: Wir von der CDU...

Landgerichtsdirektor Dr. Kühn führte u. a. aus: Wir von der CDU...

Landgerichtsdirektor Dr. Kühn führte u. a. aus: Wir von der CDU...

Landgerichtsdirektor Dr. Kühn führte u. a. aus: Wir von der CDU...

Landgerichtsdirektor Dr. Kühn führte u. a. aus: Wir von der CDU...

Landgerichtsdirektor Dr. Kühn führte u. a. aus: Wir von der CDU...

Landgerichtsdirektor Dr. Kühn führte u. a. aus: Wir von der CDU...

Landgerichtsdirektor Dr. Kühn führte u. a. aus: Wir von der CDU...

Landgerichtsdirektor Dr. Kühn führte u. a. aus: Wir von der CDU...

Landgerichtsdirektor Dr. Kühn führte u. a. aus: Wir von der CDU...

Wiederaufbau und Instandsetzungen

Der Stadtrat hat sich in der Sitzung vom 9. d. M. mit Maßnahmen...

Der Stadtrat hat sich in der Sitzung vom 9. d. M. mit Maßnahmen...

Der Stadtrat hat sich in der Sitzung vom 9. d. M. mit Maßnahmen...

Der Stadtrat hat sich in der Sitzung vom 9. d. M. mit Maßnahmen...

Der Stadtrat hat sich in der Sitzung vom 9. d. M. mit Maßnahmen...

Der Stadtrat hat sich in der Sitzung vom 9. d. M. mit Maßnahmen...

Der Stadtrat hat sich in der Sitzung vom 9. d. M. mit Maßnahmen...

Der Stadtrat hat sich in der Sitzung vom 9. d. M. mit Maßnahmen...

Der Stadtrat hat sich in der Sitzung vom 9. d. M. mit Maßnahmen...

Der Stadtrat hat sich in der Sitzung vom 9. d. M. mit Maßnahmen...

Der Stadtrat hat sich in der Sitzung vom 9. d. M. mit Maßnahmen...

Der Stadtrat hat sich in der Sitzung vom 9. d. M. mit Maßnahmen...

Der Stadtrat hat sich in der Sitzung vom 9. d. M. mit Maßnahmen...

Der Stadtrat hat sich in der Sitzung vom 9. d. M. mit Maßnahmen...

Der Stadtrat hat sich in der Sitzung vom 9. d. M. mit Maßnahmen...

Der Stadtrat hat sich in der Sitzung vom 9. d. M. mit Maßnahmen...

Alte Kammermusik

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Offentliche Dichterstunden 1946/47

Der Volksbund für Dichtung vord. Scheffel-Bund veranstaltet...

Der Volksbund für Dichtung vord. Scheffel-Bund veranstaltet...

Der Volksbund für Dichtung vord. Scheffel-Bund veranstaltet...

Der Volksbund für Dichtung vord. Scheffel-Bund veranstaltet...

Der Volksbund für Dichtung vord. Scheffel-Bund veranstaltet...

Der Volksbund für Dichtung vord. Scheffel-Bund veranstaltet...

Der Volksbund für Dichtung vord. Scheffel-Bund veranstaltet...

Der Volksbund für Dichtung vord. Scheffel-Bund veranstaltet...

Der Volksbund für Dichtung vord. Scheffel-Bund veranstaltet...

Der Volksbund für Dichtung vord. Scheffel-Bund veranstaltet...

Der Volksbund für Dichtung vord. Scheffel-Bund veranstaltet...

Alte Kammermusik

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Alte Kammermusik

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Alte Kammermusik

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt bot als erste Veranstaltung...

